

Protokoll

der 11. Bezirksamtssitzung 2016 am 15.03.2016 um 09.00 Uhr im Rathaus, Raum 114

Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr

Ende der Sitzung: Uhr

Anwesenheit:

Frau Monteiro	- BzBmin
Herr Dr. Prüfer	- BzStR BüDOrdImm
Herr Nünthel	- BzStR Stadt
Frau Dr. Obermeyer	- BzStRin JugGes
Frau Beurich	- BzStRin BiKuSozSp
Herr Heymann	-SPK L (i.V. f. StD L)
Herr Heiermann	- RA L
Frau Beau	- BzBmin BL

Teil A

Zu TOP 1 - Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Zu TOP 2 – Verständigung zur DS/0622/VII – Jährlicher Zwischenbericht zur Erfassung von Vorfällen/Straftaten mit rassistischem, fremdenfeindlichem, homo- und transphob und/oder rechtsradikalem Hintergrund einschl. bezirk. Handlungsempfehlungen

TOP wurde besprochen. BzBmin hat die Vertreter der Netzwerkstelle gebeten, unter Berücksichtigung der Hinweise des Rechtsamtes die besprochene sprachliche Präzisierung vorzunehmen.

Zu TOP 3 – Protokollbestätigung und –kontrolle der 10. Sitzung vom 08.03.2016

Das Protokoll wurde mit Änderungen bestätigt. Die Änderungen sind eingearbeitet.
Das Protokoll wird im Internet veröffentlicht.

Zu TOP 4 – Verständigung über unerledigte Drucksachen

TOP wurde besprochen. BzBmin bittet die Stadträte um Rückmeldung an das Sekretariat zum Stand der offenen Drucksachen, damit eine korrekte Liste als Arbeitsgrundlage zur Verfügung steht. BzStRin BiKuSozSp regt an, an die Liste, die in Beantwortung der DS 1138/VII erstellt wurde anzuknüpfen.

Zu TOP 5 – Vorbereitung der 54. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 17.03.2016

TOP wurde besprochen.

Zu TOP 6 – Anmeldung einer VZÄ aus der Steuerungsreserve für den Personalservice

TOP wurde besprochen. Dem Antrag des Personalservice wurde vom BA entsprochen.

Zu TOP 7 - Berichte aus den Abteilungen

Abt. BiKuSozSp

Frau Beurich

1. berichtet von der Bezirksstadträtesitzung Soziales am 09.03.16, Themen waren u.a. die sogenannte „weiße Liste“, die Statistik der Wohnungslosenhilfe, die Situation der Berliner Mobilitätshilfedienste und die Kündigung eines ambulanten Pflegedienstes.
2. berichtet weiter von der Bezirksstadträtesitzung Arbeitsmarktpolitik ebenfalls am 09.03.16, wo der Umsetzungsstand der Jugendberufsagentur in den Berliner Pilotbezirken Thema war. Frage, ob wir die Koordinierungsstelle in Anspruch nehmen, die bereitgestellt wird – Empfehlung Ja
3. teilt mit, dass es morgen ein Gespräch zur Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen mit StS Bildung, BzBmin, der Schulaufsicht und dem Schulträger geben wird.
4. informiert BzStRin JugGes über eine Beschwerde zur unzureichenden ärztlichen Versorgung eines Menschen mit Behinderung im heutigen Ausschuss für Soziales. BzStRin JugGes ist dieser Fall bekannt.
5. berichtet aus der gestrigen Schulleitersitzungen, wo u.a. der Feuerwehrfonds, der Verfügungsfonds, die Jugendverkehrsschule, die aktuelle Schulentwicklungsplanung, die Beschlagnahme von Sporthallen für Notunterkünfte, die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und die Jugendberufsagentur Themen waren. BzStR BÜDOrdlmm weist darauf hin, dass die Schulen aufgefordert werden müssen, ihren Bedarf zum Verfügungsfonds anzumelden (bis 31.03.)
6. thematisiert einen Artikel in der Berliner Zeitung über die Volkshochschule Lichtenberg.

Abt. Stadt

Herr Nünthel

1. führte ein Gespräch mit Vertretern des Bundesverkehrsministeriums und dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf zur Ortsumfahrung Ahrensfelde. Der Bund wird sich nach Beschlusslage nicht finanziell beteiligen; das Land Berlin müsste die Kosten tragen. Da es dazu keine Aussagen gibt, führt Brandenburg das Planfeststellungsverfahren zurzeit nicht weiter.
2. berichtet aus der BzStRe-Sitzung Stadt, dass die Zuständigkeitsregelung für nicht genutzte Bahnbrücken aussagt, dass der Eigentümer weiter verantwortlich bleibt. Ein weiteres Thema war das Genehmigungsverfahren für Flüchtlingsunterkünfte. Hier liegt ab Sommer die Zuständigkeit bei SenStadt. BzStR Stadt sieht dabei das Problem der Öffentlichkeitsinformation. Weiterhin gab es die Aussage von SenStadt, dass bei Nichteinhaltung der Brandschutzaufgaben für Flüchtlingsunterkünfte vor Ablauf die Duldung untersagt werden kann.
3. führte ein Gespräch mit dem Investor des Möbelhauses Landsberger Allee. An SenStadt wurde inzwischen die Anfrage zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gerichtet.
4. informiert über ein Schreiben des StS Stadt zur Präzisierung des Berliner Modells, das besagt, dass bei Bauvorhaben unter 50 Wohneinheiten keine geförderten Wohnungen bereitgestellt werden müssen. Er übersendet das Schreiben an die BA-Mitglieder.
5. spricht die Zufahrt für einen Supermarkt in der Nähe einer JFE an und bittet BzStRin JugGes um Prüfung und ggf. Rücksprache mit dem Architekten.
6. fragt BzStRin BiKuSozSp bezüglich des Grundstückes Rüdigerstr. nach der Federführung bei der Planung von MEB - Stattdbau hat wegen der

Einpassungsplanung dazu nachgefragt. BzStR BÜDOrdImm wird einen Ansprechpartner dazu benennen

7. informiert über ein Schreiben von SenStadt zu Legalausnahmen für Baumfällungen an geplanten MUF-Standorten. Er übermittelt das Schreiben an BzBmin.

Abt. JugGes

Frau Dr. Obermeyer

1. berichtet von der 3. Kinderschutzkonferenz, die in der letzten Woche im Kulturhaus Karlshorst zum Thema „Nichts unversucht lassen“ stattgefunden hat. Fachkräfte der Jugend- und Suchthilfe diskutierten zu Kinderschutz und Sucht. Sie dankt den Verantwortlichen für die sehr gute Vorbereitung.
2. informiert über die Veranstaltung, die letzte Woche gemeinsam mit dem Sana-Klinikum und dem KEH im Rahmen der „Gesund alt werden in Lichtenberg“-Reihe durchgeführt wurde und dankt allen Beteiligten.
3. Teilt mit, dass am 10.03. ein weiterer Planungstermin zum Ankunftscenter in Tempelhof stattgefunden hat.
4. hat für das Bezirksamt an der Gedenkveranstaltung für die Opfer der Märzkämpfe 1919 an der Blutmauer teilgenommen. Schüler_innen der Rathaus-Schule haben die Feier gestaltet.
5. spricht die Gleichstellungspolitische Berichterstattung der Gleichstellungsbeauftragten an.

Abt. BÜDOrdImm

Herr Dr. Prüfer

1. berichtet, dass am letzten Mittwoch nur 15 von 60 Mitarbeiter_innen in den Bürgerämtern anwesend waren (überwiegend krankheitsbedingt), deshalb wurden die Bürgerämter am Tierpark und in der Große-Leege-Str. zunächst bis zum 01.04. geschlossen. Wenn eine Verbesserung der Situation eintritt, werden sie wieder geöffnet. Das größte Problem stellen dabei die Terminkunden dar, die zum Teil nicht benachrichtigt werden konnten. Er bittet in diesem Zusammenhang um die Aufnahme der Amtsleitungen seiner Abteilung in den Verteiler der Pressestelle.
2. spricht die Informationen der Frauenvertreterin zu offenen Stellen an.
3. thematisiert das für die nächste Woche geplante Gespräch zur Einpassung Umzug AF 60. Der Personalrat fordert von FM eine konkrete Einpassungsplanung und vorherige Mitbestimmung dazu. Er verweist darauf, dass die Ämter Raumkontingente erhalten.
4. fragt BzStRin BiKuSozSp zu einem geplanten Künstlerprojekt in der Ruschestr.
5. hat in der letzten Woche einen Termin bei SenStadt zum Thema Werbeausschreibung und öffentliche Toiletten wahrgenommen. Aussage war dort, dass Toiletten mit geringer Nutzung nach Vertragsende abgebaut werden sollen. Er plädiert für den Erhalt aller Standorte. Die übermittelte Liste zu den Standorten im Bezirk wird überprüft.
6. spricht die Drucksache zur Gaswerksiedlung an, er hatte eine Zuarbeit übersendet. BzBmin sagt eine Prüfung zu.
7. thematisiert eine Nachfrage zur Toranlage am Friedhof Friedrichsfelde.
8. Übermittelt die bitte, die Fraktionsparteien zu den Festen am 01. Mai (Spectaculum“ und „bunte Platte“) einzuladen.

Zu TOP 8 - Informationen BzBmin

1. berichtet vom Besuch der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen am letzten Freitag im Bezirk. Neben dem Besuch von Willkommensklassen und dem Bereich Berufsorientierung in der „Schule am Rathaus“ stand das geplante „Willkommen in Arbeit“-Büro in der Ruschestraße 104 auf der Agenda.
2. informiert, dass der Kooperationsvertrag zwischen Sana-Klinikum und dem Standort Ruschestr. seit zwei Wochen besteht, der Start gut verlaufen ist und das Land die Kosten trägt.
3. Wurde gestern von Vertretern der Lichtenberger Feuerwehr besucht.
4. bittet um einen Protokollbeschluss zur Regionalen Aufgabe „Qualitätskontrolle des Schulessens“.

Protokollbeschluss:

Das Bezirksamt Lichtenberg erklärt sein Einvernehmen gemäß Artikel 67 Absatz 5 Verfassung von Berlin und § 3 Absatz 3 Allgemeines Zuständigkeitsgesetz, dass die bezirkliche Aufgabe "Kontrolle der Qualität des Mittagessens an den Schulen" als regionalisierte Aufgabe vom Bezirksamt Pankow wahrgenommen wird.

5. thematisiert die Anfrage der Mayors for Peace zum Hissen der Flagge am 08.07., BzStR BüDOrlmm übernimmt den Vorgang.
6. spricht den berlinweiten Abstimmungstermin am 05.04 zum Thema SIKo an.
7. informiert über den Inklusiven Kiezspaziergang am 19.03.
8. spricht nochmals das Problem Roma in der Buchbinder Str. an und bittet um Prüfung durch das BWA bis nächste Woche.
9. Informiert über die heutige Auftaktveranstaltung zum Gebietsmanagement Herzbergstraße.

Teil B

TOP 9 - BA-Vorlage 066/2016 – Rahmenkonzept zum Ehrenamtsfonds
Bezug: DS/1690/VII - Entwurf des Bezirkshaushaltsplanes Lichtenberg von Berlin für die Haushaltsjahre 2016/2017
Drucksache: DS/1837/VII;
hier: Umsetzungsvorschlag als ZB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Beschluss-Nr. 7/064/2016

Das Bezirksamt beschließt:

die Vorlage in der beiliegenden Fassung der BVV als Dringliche Vorlage zur Kenntnis zu geben.

TOP 10 - BA-Vorlage 067/2016 – Mehr Integrationslotsenstellen für den Bezirk Lichtenberg

Die Vorlage wurde beschlossen.

Beschluss-Nr. 7/065/2016

Das Bezirksamt beschließt:

die Vorlage in der beiliegenden Fassung der BVV als Abschlussbericht zur Kenntnis zu geben.

TOP 11 - BA-Vorlage 068/2016 – 105 Jahre Frauentag 2016: Eine Ausstellung über Lichtenbergerinnen und ihre Berufe

Die Vorlage wurde beschlossen.

Beschluss-Nr. 7/066/2016

Das Bezirksamt beschließt:

Die Vorlage in der beiliegenden Fassung der BVV als Abschlussbericht zur Kenntnisnahme vorzulegen.

TOP 12 - BA-Vorlage 069/2016 – Einführung eines öffentlichen Online-Baumkatasters nach dem Vorbild der Stadt Wien

Die Vorlage wurde beschlossen.

Beschluss-Nr. 7/067/2016

Das Bezirksamt beschließt:

die Vorlage in der beiliegenden Fassung zur DS/0800/VII als Abschlussbericht der BVV zur Kenntnis zu geben.

TOP 13 - BA-Vorlage 070/2016 – Freies WLAN in allen Flüchtlingsunterkünften im Bezirk gewährleisten

Die Vorlage wurde beschlossen.

Beschluss-Nr. 7/068/2016

Das Bezirksamt beschließt:

die Vorlage in der beiliegenden Fassung der BVV als Zwischenbericht zur Kenntnis zu geben.

Beau
Protokollantin

Monteiro
Bezirksbürgermeisterin